

Hans Mathias Kepplinger

Tunnelblick auf den Klimawandel

Reale Probleme als Anlass und Mittel im Kampf um Deutungshoheit

Seit der Veröffentlichung der Hockeyschläger-Kurve im Jahr 1999 sind immer mehr Menschen davon überzeugt, dass das Erdklima in vorindustrieller Zeit alles in allem gleichgeblieben, aber seither stark angestiegen ist. Auf Grundlage der zunächst heftig umstrittenen Studie hat sich die Vorstellung durchgesetzt, dass bei mehr als 2° C über dem vorindustriellen Wert das Klimageschehen außer Kontrolle gerät. Deshalb müsse alles unternommen werden, um die Erderwärmung auf diesen Maximalwert zu begrenzen. Sonst drohe eine Klimakatastrophe.

Der Grenzwert von 2° C beruht auf zahlreichen Messungen und Modellrechnungen. Er ist aber kein Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen, sondern von politischen Kompromissen aufgrund eines Vorschlags der EU im Jahr 1996. Im „Kyoto-Protokoll“ wurde das 2-Grad-Ziel als UN-Klimakonvention vereinbart, im Pariser Abkommen (2015) für alle Staaten festgelegt. Eine wichtige Rolle spielte Deutschland, genauer der *Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen* (WBGU).

Inzwischen das *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), inzwischen *Weltklimarat* genannt, einen Sonderbericht vorgelegt über „Die Folgen einer globalen Erderwärmung um 1,5 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau“ (2019). Darauf aufbauend hat Maria Mast am 8. August 2019 auf *Zeit Online* Ursachen und Folgerungen dargelegt. Nach Mast werden auf immer mehr Flächen mit schädlichem Kunstdünger immer mehr Lebensmittel angebaut, die sich „in unseren Supermärkten stapeln“. Aus ihrer Sicht sind tiefgreifende Einschnitte in die Lebensgewohnheiten erforderlich. Dabei kann man nicht auf freie Entscheidungen vertrauen. Notwendig sind Verbote und verbindliche Gebote. Das berührt die Grundlagen der freien Marktwirtschaft und der repräsentativen Demokratie.

Langzeitprognosen

Angesichts der weitreichenden Folgerungen erscheint ein Blick auf die Annahmen von empirisch fundierten Modellrechnungen sinnvoll. Um diesen Blick nicht mit aktuellen Befürchtungen zu belasten, geschieht das am Beispiel des Bevölkerungsgesetzes von Robert Malthus (1766-1834). Seine Theorie beruht auf drei plausiblen empirischen Annahmen:

- Erstens: Die Nahrungsmittelproduktion nimmt linear zu.
- Zweitens: Die Bevölkerungszahl steigt schneller, geometrisch. Dadurch wächst die Lücke zwischen Nahrungsbedürfnissen und Nahrungsmitteln.
- Drittens: Die Unterschicht setzt bei einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen mehr Kinder in die Welt. Das vergrößert die Versorgungslücken.

Malthus hat aus seinen Annahmen gefolgert, dass in England eine Bevölkerungskatastrophe droht, falls man nichts dagegen unternimmt. Er forderte eine Mischung aus individuellen Entsagungen und politische Maßnahmen – sexuelle Enthaltbarkeit und der Verzicht auf Armenhilfe. Prominente Wissenschaftler haben Malthus unterstützt und Premierminister William Pitt der Jüngere hat eine von ihm bereits geplante Hilfe für Arme abgesagt.

Die Theorie von Malthus gilt als wissenschaftlicher Meilenstein, weil er ein gesellschaftliches Problem mit der Argumentationslogik der Physik anging. Seine Prognose war trotzdem falsch. Die Bevölkerung nahm noch schneller zu als wartet, wurde aber nicht schlechter, sondern besser ernährt. Bei seiner Fehlprognose handelt es sich nicht um einen Einzelfall. In den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts sagen alle Sachkundigen voraus, die weltweiten Ölreserven seien gegen Ende des 20. Jahrhunderts erschöpft. Tatsächlich wurden sie größer, obwohl die Fördermengen wuchsen. Es entstand keine Lücke zwischen Bedarf und Versorgung, sondern ein Überangebot von Rohöl bei sinkenden Preisen und einem Machtverlust des OPEC-Kartells (Schaubild 1).



Die Fehlprognosen von Malthus und der Ölexperten besaßen ähnliche Ursachen: Sie hatten die wissenschaftlich-technische Entwicklung vernachlässigt – Malthus die Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft durch die Erfindung des Kunstdüngers und von Pestiziden, die Ölexperten die Erschließung neuer Ölfelder durch neue Bohrtechniken, die effektivere Leerung alter Ölfelder sowie das Fracking von Ölschiefer. Das führt zum Kern des Problems.

Wissenschaftlich Prognosen beruhen auf drei Voraussetzungen:

- Die theoretischen Annahmen müssen richtig und vollständig sein. Das waren sie in den Beispielen nicht, weil niemand die wissenschaftlich-technische Entwicklung voraussehen kann.
- Die empirischen Daten müssen alle relevanten Aspekte erfassen und hinreichend genau sein. Daran kann man in beiden Fällen zweifeln.
- Es dürfen keine unvorhersehbaren Ereignisse eintreten. Das kann niemand wissen.

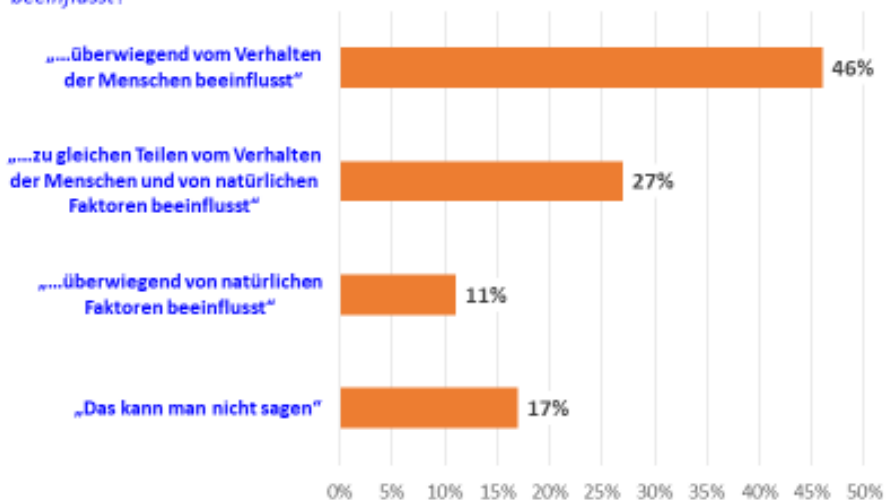
Klimaforscher über Klima und Klimaforschung

Wie steht es um die Voraussetzungen für Klimaprognosen? Auskunft geben zwei Befragungen der deutschen Klimaforscher von Senja Post 2006 und 2015. Weil die relevanten Wissenschaftler in mehreren Bereichen forschen, hat sie die Grundgesamtheit der deutschen Klimaforscher in einem komplexen, mehrstufigen Verfahren ermittelt. Die meisten sind von Haus aus Chemiker, Meteorologen, Geologen, Physiker und Mathematiker.

Nach Aussage von 63 Prozent der 2015 befragten Klimaforscher wurde der Klimawandel „überwiegend vom Verhalten der Menschen beeinflusst“, 69 Prozent halten „die Folgen des Klimawandels für die Menschen im 21. Jahrhundert“ für gefährlich oder für sehr gefährlich. Demnach handelt es sich beim Klimaschutz nicht um ein Modethema, sondern um ein ernstes Problem (Schaubild 2).

Ursachen des Klimawandels

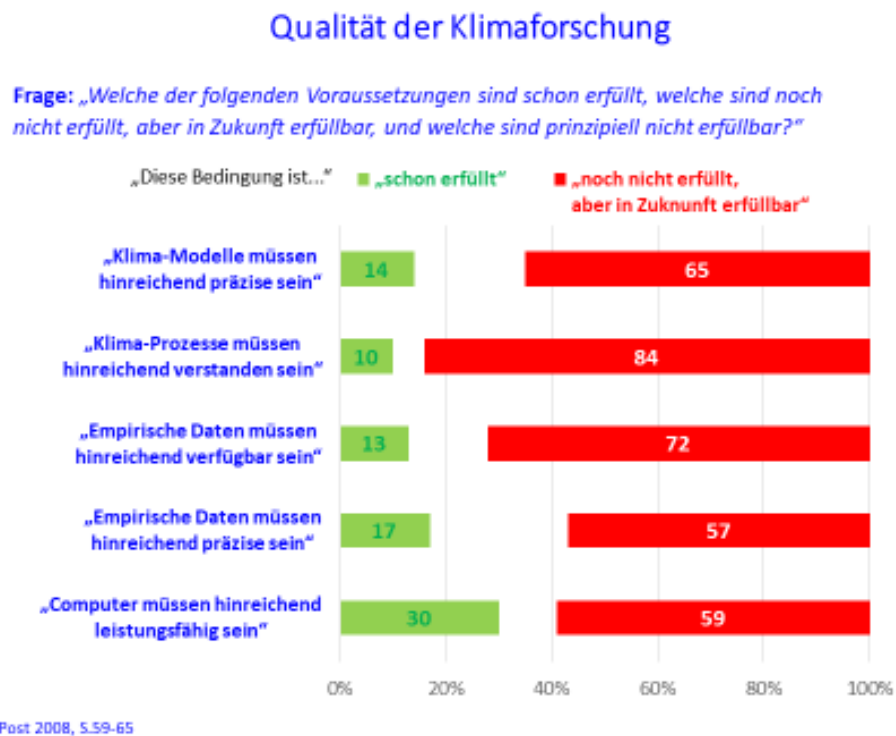
Frage: „Grob geschätzt: Wurde nach Ihrem Urteil die Klimaentwicklung der vergangenen 50 Jahre überwiegend vom Verhalten der Menschen, überwiegend von natürlichen Faktoren oder zu gleichen Teilen vom Verhalten der Menschen und von natürlichen Faktoren beeinflusst?“



Post 2008, S.84

Wie beurteilen die Klimaforscher den Stand ihrer Wissenschaft? Nach Meinung der großen Mehrheit der 2006 Befragten sind zwar die erforderlichen theoretischen und empirischen Voraussetzungen in Zukunft erfüllbar. Aber nur eine kleine Minderheit hält sie für bereits erfüllt. Die meisten sind der Ansicht,

- dass die Klima-Prozesse und die Klima-Modelle nicht hinreichend verstanden bzw. präzise sind und
 - dass die erforderlichen empirischen Daten weder hinreichend verfügbar, noch hinreichend präzise sind.
 - Eine Voraussetzung beurteilen die Klimaforscher weniger skeptisch: die erforderliche Computerleistung.
- (Schaubild 3).



Obwohl inzwischen neun Jahre vergangen waren, unterschieden sich davon die Antworten der 2015 Befragten nur wenig. Günstiger beurteilten sie nur zwei Voraussetzungen für Prognosen: dass die Klima-Prozesse hinreichend verstanden sind, sagten 16 Prozent statt zuvor 10 Prozent, und dass die empirischen Daten hinreichend präzise sind, sagten 20 Prozent statt 17 Prozent. Das ist keine befriedigende Basis für eine empirische Wissenschaft

Angeichts der Aussagen der befragten Wissenschaftler muss man in der Klimaforschung mit Fehlprognosen rechnen. Eine gab es bereits. Aufgrund der Klimamodelle hätte die globale Temperatur in den achtziger und neunziger Jahren wegen der erhöhten CO²-Emissionen noch mehr steigen müssen als vorher. Das

war aber nicht der Fall. Entgegen allen Prognosen stieg die Erdtemperatur (ab 1998) fünfzehn Jahre lang nicht – und niemand wusste, warum. Der Klimaforscher Hans von Storch, dessen Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie den Einfluss von Menschen auf den Klimawandel nachgewiesen hat, hält das für normal: „So funktioniert der wissenschaftliche Erkenntnisprozess ... auch in der Klimaforschung gibt es kein letztes Wort. Wir lernen nie die Wahrheit, sondern lediglich die jeweils beste Annäherung an die Wirklichkeit. Nur wird das in der öffentlichen Wahrnehmung und Vermittlung unserer Arbeit oft vergessen“.

Angesichts der selbstkritischen Urteile der deutschen Klimaforscher und der erwähnten Fehlprognose stellt sich die Frage, ob *Voraussagen generell zulässig und sinnvoll* sind. Aus zwei Gründen lautet die Antwort eindeutig: Ja.

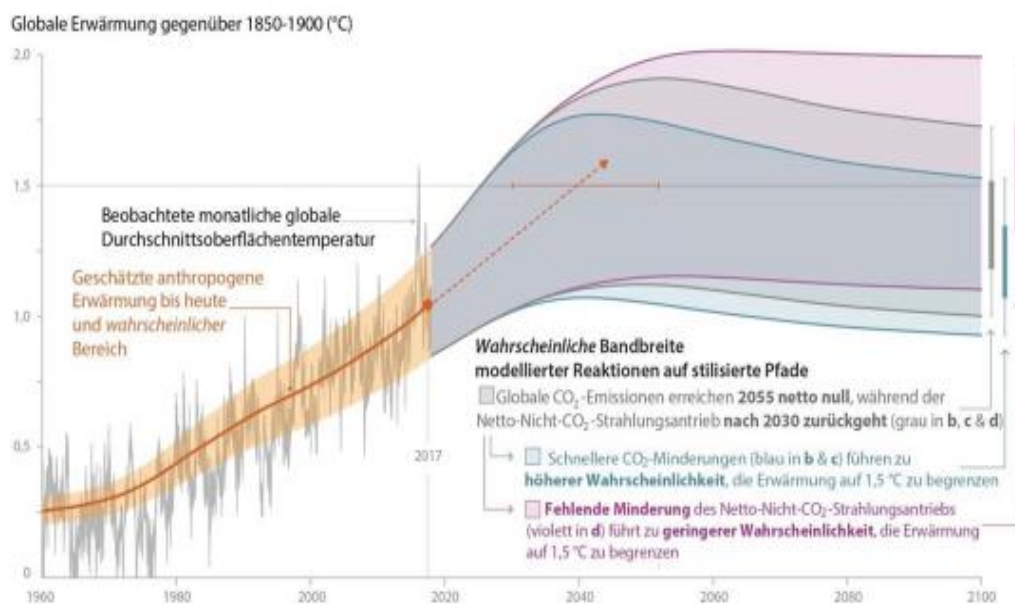
- Erstens kann man durch den Vergleich von berechneten mit empirisch ermittelten Daten die *theoretischen Annahmen* ergänzen und die Gewichtung einzelner Faktoren so justieren, dass die Berechnungen die tatsächlichen Entwicklungen besser abbilden.
 - In diesem Fall handelt es sich nicht um Prognosen im wissenschaftlichen Sinn, weil die dafür notwendigen Voraussetzungen erst geschaffen werden.
- Zweitens kann man *praktisch hilfreiche Vorhersagen* treffen. Allerdings sind sie weder sicher, noch präzise. Sie treffen nur mit einer berechenbaren Wahrscheinlichkeit ein und die tatsächlichen Werte liegen in einer Bandbreite möglicher Werte.
 - In diesem Fall müssen die nicht vermeidbaren Unsicherheiten und Ungenauigkeiten offengelegt werden.

Beides macht der Weltklimarat. Er weist z.B. auf die eingeschränkte Aussagekraft seiner Berechnungen hin und definiert die *Wahrscheinlichkeit* seiner sprachlich formulierten Ergebnisse durch Prozentangaben:

- „praktisch sicher = 99-100 % Wahrscheinlichkeit“
- „sehr wahrscheinlich = 90-100 % Wahrscheinlichkeit“
- „wahrscheinlich = 66-100 % Wahrscheinlichkeit“
- „ebenso wahrscheinlich wie nicht = 33-66 %“.

Der Weltklimarat nennt seine Vorhersagen auch nicht „*Prognosen*“, sondern korrekt „*Projektionen*“.

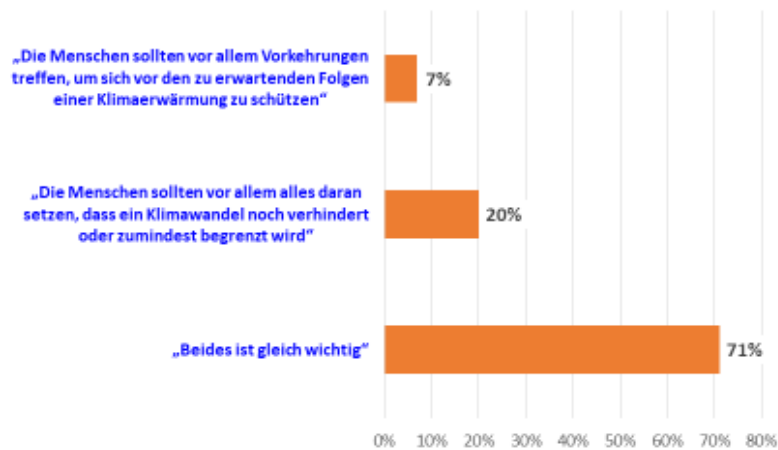
Die Bandbreite der Ungewissheit seiner Ergebnisse illustriert er mit Schaubildern – hier der kumulative Einfluss von u.a. CO₂-Emissionen auf die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5° C. Beachtenswert sind die großen Schwankungen der vor 2010 gemessenen Werten von den Durchschnittswerten, die isoliert betrachtet eine Präzision suggerieren, die sie nicht besitzen und nicht besitzen können. Diese Unsicherheiten setzen sich in der Zukunft fort und führen wegen der großen Zahl der Einflussfaktoren auf das Klima zu den ausgewiesenen Bandbreiten der theoretisch wahrscheinlichen Entwicklungen (Schaubild 4).



Welche praktischen Folgerungen ziehen die deutschen Klimaforscher aus unvermeidbaren Ungewissheiten? Sollen wir alle Anstrengungen darauf konzentrieren, die Erderwärmung aufzuhalten oder sollen wir uns damit abfinden und dagegen wappnen? Nach Ansicht der meisten ist beides falsch. Nur ein Fünftel spricht sich dafür aus, „vor allem daransetzen, dass ein Klimawandel noch verhindert oder zumindest begrenzt werden kann“. Noch deutlich weniger sind dafür, vor allem Vorkehrungen gegen die „zu erwartenden Folgen“ eines Klimawandels zu treffen. Für mehr als zwei Drittel der Klimaforscher ist „beides gleich wichtig“ (Schaubild 5).

Umgang mit dem Klimawandel

Frage: „Wie sollten die Menschen auf den Klimawandel reagieren?“



Post 2008, S.90

Die Mehrheit der Bevölkerung sieht das anders. Viele fürchten eine Klimakatastrophe, hoffen darauf, dass der Klimawandel verhindert werden kann und machen sich keine Sorgen darüber, wie man sich schützen kann, wenn es nicht gelingt. Spätestens dann wird sich die Frage stellen, warum Deutschland und andere Staaten alles auf eine Karte gesetzt haben, statt weltweit Vorsorge gegen die Folgen eines stärkeren Anstiegs der Erdtemperatur zu treffen. Woher kommt dieser Tunnelblick?

Die Mehrheit der Bevölkerung hält das 2-Grad-Ziel für eine präzise Vorgabe. Warum hat sie keine Vorstellung von der Bandbreite theoretisch möglicher Entwicklungen?

Warum hält sie den Wert für sicher, obwohl er auf Voraussetzungen beruht, die – wie der Weltklimarat mitteilt – mehr oder weniger unsicher sind?

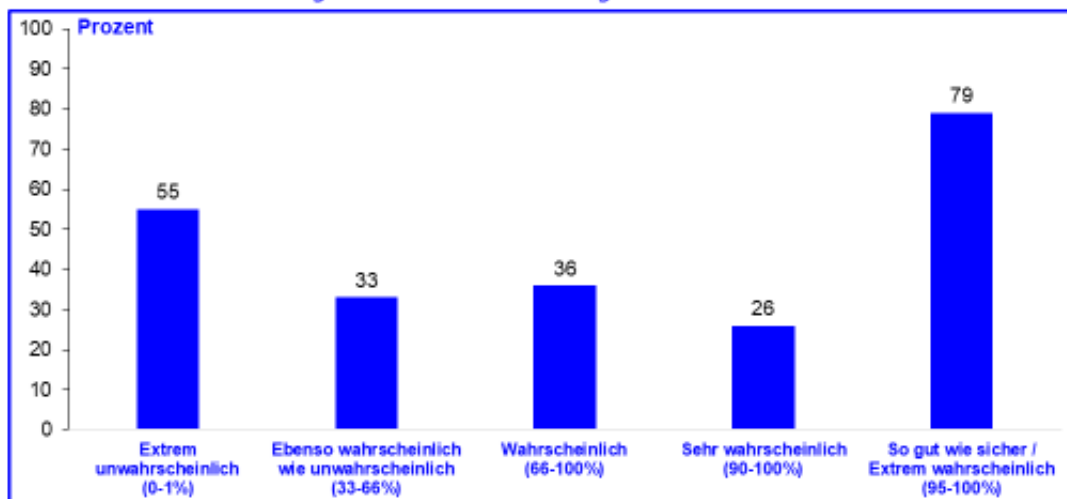
Erste Antworten liefern systematische Vergleiche der Wahrscheinlichkeitsangaben in den Zusammenfassungen des fünften Weltklimaberichtes für Politiker und Journalisten mit der Berichterstattung der Medien über die Berichte des Weltklimarates.

Medienberichterstattung über Klimaforschung

Untersucht wurde jeweils die Berichterstattung eine Woche vorher und nachher in vier überregionalen Qualitätszeitungen (*Welt*, *FAZ*, *SZ*, *FR*), drei thüringischen Regionalzeitungen¹, *Bild*, drei Wochenblättern (*Spiegel Focus*, *Zeit*), sowie den Hauptnachrichten von vier Fernsehsendern (*ARD*, *ZDF*, *RTL*, *SAT1*). Außerdem alle Online-Ausgaben der genannten Medien und das Online-Portal *web.de*.² Die erwähnten Medien veröffentlichten die meisten vorhandenen Informationen über die Sicherheit der Ergebnisse nicht. Nur 45 Prozent der relevanten Textpassagen (Informationseinheiten) enthielten diese Informationen. Weitaus am häufigsten erwähnten sie die Glaubwürdigkeit extrem wahrscheinlicher Befunde (79 %), relativ häufig auch die geringe Glaubwürdigkeit extrem unwahrscheinlicher Befunde (55 %). In den meisten Berichten über die weder besonders glaubwürdig, noch besonders unglaubwürdig Befunde fehlten die Hinweise im Weltklimabericht. Ihre Hauptbotschaft lautete: Es gibt Ergebnisse, die man ernst nehmen muss und Ergebnisse, die man vergessen kann. Über die anderen machen sie sich keine

Korrekte Darstellung der Ungewissheit klimawissenschaftlicher Befunde laut IPCC-Bericht in der Medienberichterstattung

Anteil korrekter Darstellungen in der Berichterstattung in Prozent



Basis: Inhaltsanalyse der Berichterstattung von 29 Online- und Offline-Medien und zwölf politischen Webseiten im Zeitraum vom 20.09.-08.10.2013 und vom 07.-25.04.2014
Quelle: Haßler, Maurer, & Oschatz, 2016, S. 135

¹ Ostthüringische Zeitung, Thüringische Landeszeitungen, Thüringer Allgemeine

² Der erste Teil wurde am 27.09.2013 veröffentlicht, der dritte Teil am 14.04.2014.

Gedanken (Schaubild 6).³

Ihre volle Bedeutung erhält die Praxis dadurch, dass nur *15 Prozent aller Hinweise Ergebnissen betrafen*, die *extrem wahrscheinlich* und folglich besonders glaubwürdig sind. Diese wenigen Befunde ragten wie Leuchttürme aus dem Meer der Ergebnisse, die keineswegs so sicher sind, was die Medien ihren Lesern, Hörern und Zuschauern aber meist vorenthielten. Bei diesen Informationsmängeln handelt es sich nicht um eine Besonderheit der Berichterstattung über Befunde des Weltklimarates. Während des Libobay-Skandals enthielten nur 5 Prozent der Berichte deutscher Medien die für eine Risikoabschätzung notwendigen Informationen. Vergleichbare amerikanische Medien berichteten etwas informativer, aber auch nicht befriedigend.

Journalisten müssen schnell, kurz und bündig berichten. Deshalb ist es verständlich, dass sie bei Berichten über unwesentliche Risiken genaue Angaben vermeiden. Bei Berichten über tödliche Risiken von Medikamenten und über die Vertrauenswürdigkeit der Ergebnisse von Modellrechnungen mit weitaus größerer Tragweite, ist das aber kaum entschuldbar.

Nach Ansicht der meisten der 2006 befragten Klimaforscher gab es damals einige Medien, die auch in ihren aktuellen Teilen sachkundig über Klimaforschung berichten – allen voran *Süddeutsche Zeitung*, *Zeit* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Ob das heute noch zutrifft, ist unklar. Unabhängig davon veröffentlichen seit Jahren einige Fachjournalisten ausführliche und materialreiche Artikel über die Güterabwägung beim Naturschutz, die Grenzen und Gefahren erneuerbarer Energien, über Kontroversen zwischen Klimaforschern sowie über fragwürdige Ergebnispräsentationen einzelner Sprecher des Weltklimarates. Dazu gehören Axel Bojanowski auf *Spiegel Online* (jetzt *Bild der Wissenschaft* und *Natur*), Ulf von Rauchhaupt in der *FAZ* und Daniel Wetzel in *Welt am Sonntag* und *Welt* – um nur einige zu nennen. Ihre Beiträge besitzen jedoch kaum Resonanz in anderen Medien. Folglich reichen sie nicht über den engen Kreis der regelmäßigen Leser ihrer Medien hinaus.

³ Hierbei handelt es sich nicht um eine Besonderheit der deutschen Medien. Eine vergleichbare englische Studie fand 2013, dass nur jeder siebte Artikel die Wahrscheinlichkeitsangaben im Weltklimabericht wiedergab. Vgl. Alex Bojanowski: So irreführend sind die Wissenslücken der Klimaforscher. In: *Spiegel Online*, 8. September 2015.

Die dominierende Berichterstattung über IPCC-Berichte ist aber geprägt von der Bereitschaft, tatsächliche und mögliche Schäden zu skandalisieren und die Neigung, die Grenzen der Aussagekraft einzelner Ergebnisse zu verschweigen. Dazu gehören auch die negativen Nebenfolgen des Erneuerbare[n] Energien-Gesetz[es] (EEG) der rot-grünen Bundesregierung. Das EEG ist geprägt vom Gedanken an Umweltschutz. Umweltschutz ist eine *nationale* Aufgabe. Deshalb müssen laut EEG alle Reduktionsziele in festgelegten Sektoren im Land erbracht werden. Eine Entscheidung für den kostengünstigsten Weg ist genau so wenig möglich, wie die Kompensation von Reduktionszielen in einem Sektor durch Erfolge in einem anderen.

Das im Jahr 2000 verabschiedete EEG war ein *Schritt in die Planwirtschaft*. An diesem Prinzip haben alle Nachfolgeregierungen, auch wenn sie einzelne Vorgaben geändert haben, festgehalten. Schaubild 7 zeigt anhand der Auslastung der Solar- und Windanlagen im internationalen Vergleich wie ineffektiv diese mit hohen Kosten für Privathaushalte und Unternehmen verbundene Techniken in Deutschland sind.

Auslastung von Solar- und Windanlagen in Volllaststunden 2014

In Prozent aller Jahresstunden

Solaranlagen	%	Windanlagen	%
Spanien	33	Neuseeland	37
USA	19	USA	33
Portugal	17	Australien	32
Griechenland	17	Dänemark	31
Australien	14	Mexiko	29
Deutschland	11	Deutschland	17

Wam5 23.07.2017

Klimaschutz ist im Unterschied zum Naturschutz eine *internationale* Aufgabe. Zu den erforderlichen Reduktionszielen kann Deutschland in Deutschland nur einen sehr kleinen und kostspieligen Beitrag leisten. Mit weniger Geld könnte man in Afrika oder Asien durch Investitionen im Energiesektor viel mehr CO₂ reduzieren als durch

das Abschalten alter Anlagen in Deutschland. Theoretisch ist das möglich. Es verbessert aber unsere schlechte Energiebilanz nicht.

Seit Mitte der siebziger Jahre berichten deutsche Medien häufiger über *Begleiterscheinungen* als über *Zweckbestimmungen* von Techniken. Besonders extrem ist das in der Berichterstattung über Kernenergie, Produktion und Produkte der Chemie, Pharmazie und neuerdings über Benzin- und Dieselmotoren. So verbreiteten fast alle Medien Angst und Schrecken mit der Behauptung, wegen der NOx-Belastung durch Diesel gebe es jährlich über 100.000 „vorzeitige“ Todesfälle – obwohl niemand wusste, was „vorzeitig“ bedeutet – fünf Jahre, ein Jahr, einen Monat oder weniger?

Aufgrund der Bereitschaft zur Skandalisierung negativer Nebenfolgen von Techniken müsste man annehmen, dass die Medien auch die negativen Nebenfolgen der vom EEG vorgegebenen Maßnahmen anprangern würden. Das ist aber nicht der Fall. Zu den weitgehend tabuisierten Themen gehören:

- die Zerstörung von Wäldern, Wiesen und Heiden durch *Schneisen*, tief gegründete *Industriestraßen* und gewaltige *Betonfundamente* für Windräder
- die *Entsorgung* nutzloser Anlagen, ihrer Fundamente und Zufahrten
- die *Vertreibung und Tötung* von Vögeln, Fledermäusen und die massenhafte Vernichtung von Insekten durch Windräder
- die *Havarien* von Windrädern durch Blitzschlag oder technische Mängel, bei denen in der Nähe von Siedlungen Türme umknicken und Flügel abbrechen
- die Entsorgung von jährlich etwa 10.000 Tonnen *Fotovoltaik-Müll* – alleine aus privaten Haushalten
- die Unfälle in Biogasanlagen mit bisher 17 Todesfällen
- die „*Gülle-Tsunamis*“, bei denen Millionen Liter auslaufen
- die schwindende Versorgungssicherheit durch „*Flutterstrom*“ aus Windkraftanlagen und vergleichbar unsicheren Energiequellen
- die Umwandlung von jahrhundertealten *Kulturlandschaften in Industrieparks*, in denen erneuerbare Energien produziert wird

- die *Umverteilung der Vermögen* von unten nach oben – von Millionen privater Haushalte, die extrem hohe Stromrechnungen zahlen, zugunsten von Inverstoren aus der gehobenen Mittelschicht, die an Windkraft- und Solaranlagen beteiligt sind und bei sinkenden Zinsen feste Vergütungen erhalten.

Ursachen der Medienberichterstattung

Wie kann man diesen Tunnelblick auf einen Weg erklären, dessen negative Nebenfolgen offensichtlich sind und außerdem die ungleiche Vermögensverteilung fördert? Weil die Berichterstattung auf Publikationsentscheidungen von zahlreichen Journalisten beruht, deren Motive nicht benannt sind, gibt es darauf keine präzise Antwort. Allerdings existieren aufschlussreiche Hinweise auf die Gründe für das Verschweigen negativer Nebenfolgen und das Hochspielen bestimmter Forschungsergebnisse.

Weltbild

Eine Ursache des Hochspielens von dramatischen Ergebnissen der Klimaforschung dürfte eine tief verankerte Skepsis gegen die Industriegesellschaft sein, verbunden mit einer romantischen Verklärung der Natur. Die Natur in Deutschland bekanntlich nicht natürlich entstanden, sondern wurde von Generationen geschaffen, nämlich kultiviert. Trotzdem waren schon 1983 – lange vor dem Höhepunkt der Umwelt- und Klimaschutz-Bewegung – zwei Drittel der deutschen Journalisten der Meinung, der Umweltschutz solle „Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.“ Vermutlich sind es heute noch mehr.

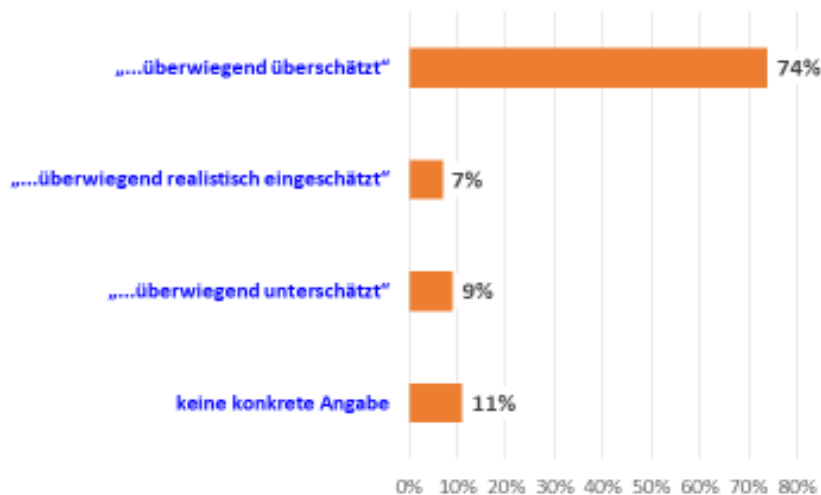
Vor diesem Hintergrund mag alles, was der Natur und dem Klima dient, verdienstvoll und förderwillig erscheinen, während alle wissenschaftlich-technischen Entwicklungen im Verdacht stehen, die Schäden der Natur und die Gefährdung des Weltklimas zu vergrößern. Rettung versprechen da Grenzwerte auf der Grundlage von Modellrechnungen, die den Fehlentwicklungen ein Ende setzen. Das dürfte den

unkritischen Glauben vieler Journalisten an die Leistungsfähigkeit von Klima-Modellen fördern, den die meisten deutschen Klimaforscher wahrnehmen (Schaubild 8).

Qualität der Medienberichte über Klima-Modelle

Frage: „Wie wird die Leistungsfähigkeit von **Klima-Modellen** nach Ihrer Beobachtung in den Medien eingeschätzt? Wird sie insgesamt überschätzt, realistisch eingeschätzt oder unterschätzt?“

Die Leistungsfähigkeit wird in den Medien insgesamt...



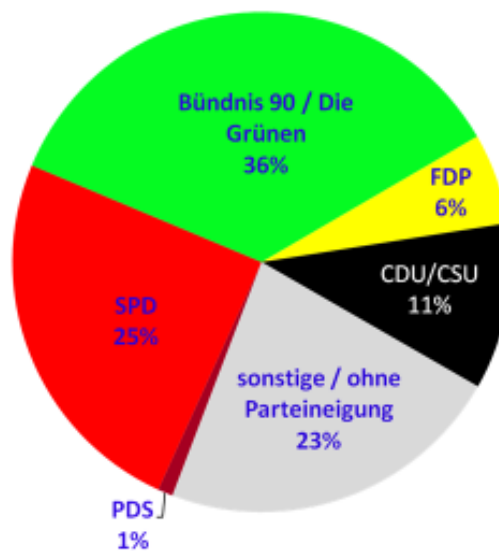
Post 2008, S.110

Parteipräferenzen

Eine weitere Ursache des verbreiteten Verschweigens von Fehlschläge und negativen Nebenfolgen des EEG dürfte darin bestehen, dass die Informationen im Widerspruch zu den Sichtweisen vieler Journalisten stehen. Ein Indikator dafür ist ihre Parteipräferenz. Bei einer Repräsentativbefragung 2005 bevorzugten 36 % Bündnis 90/Die Grünen und 25 % die SPD (Schaubild 9). Es ist unwahrscheinlich, dass ein Viertel der Journalisten keine Parteipräferenz besaß. Schätzt man die Parteinäigung der Antwortverweigerer anhand der Parteinäigung der Antwortenden, dann besaßen etwa 44 % Sympathien für Bündnis 90/Die Grünen und 32 % für die SPD – zusammen 76 Prozent. Beide hatten fünf Jahre vorher das EEG auf den Weg gebracht, und der Bedeutungsverlust der SPD-Sympathisanten im Journalismus dürfte einer der Gründe dafür sein, dass die unsozialen Folgen des EEG kein bedeutendes Medienthema sind. Das wäre in den siebziger Jahren ganz anders gewesen,

Die meisten grün-roten Journalisten haben vermutlich das EEG befürwortet und seine Verabschiedung als Erfolg erlebt. Eine intensive Berichterstattung über Fehlschläge und Nebenfolgen des EEG würden nicht nur ihre eigene Sichtweise in Frage stellen, sondern könnten seine Akzeptanz in der Bevölkerung gefährden. Solche Dissonanzen zwischen Einstellungen und Wirkungsvermutungen besitzen, wie zahlreiche Laborexperimente und Feldstudien zeigen, einen signifikanten Einfluss auf die Berichterstattung (Schaubild 9).

Politisch relevante Einstellungen deutscher Journalisten (Parteipräferenzen)



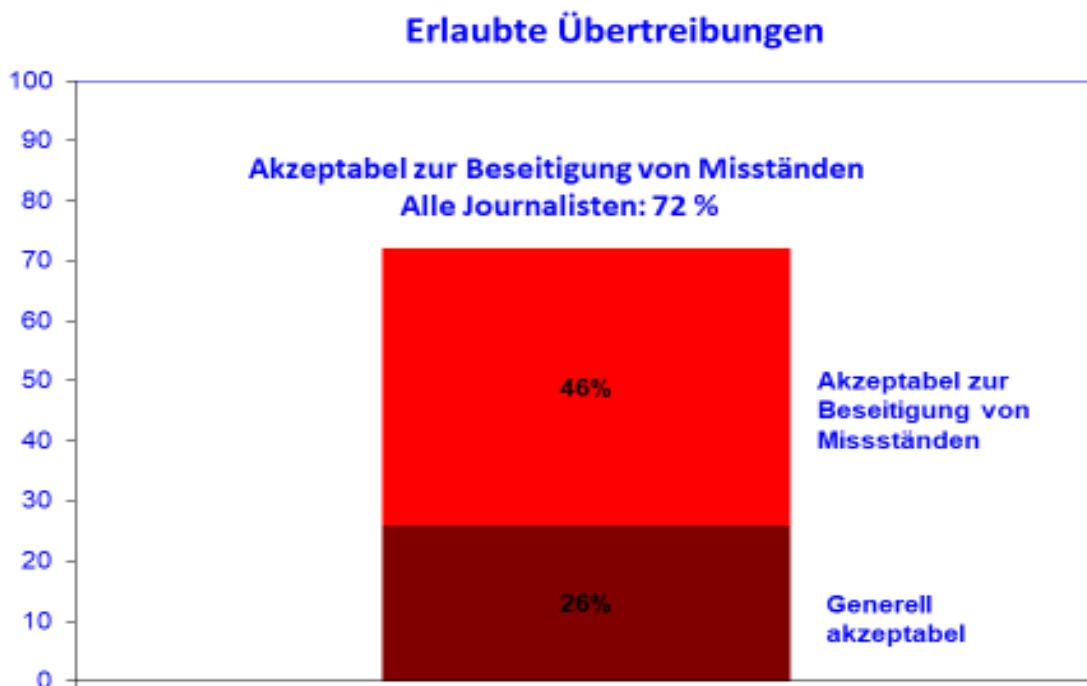
Quelle: Weischenberg, Malik & Scholl 2006

Berufsauffassung

Eine Grundlage der Publikationsentscheidungen von Journalisten ist schließlich ihre Berufsauffassung. Dazu gehört ihr inzwischen weit verbreitetes Selbstverständnis als engagierte Akteure, die das Gute fördern und das Schlechte verhindern wollen. Seinen Ausdruck findet es im Bekenntnis zum sogenannten „Haltungsjournalismus“. Dazu kann eine übertriebene Darstellung von Missständen gehören, die die Bevölkerung aufrüttelt. Ein Viertel der deutschen Journalisten hält es generell für vertretbar, wenn Journalisten „Probleme gelegentlich überspitzter darstellen, als sie nüchtern betrachtet sind“. Ein Fünftel hält das generell nicht für vertretbar. Das sieht

nach einem Patt aus – ist es aber nicht, weil jeder zweite (52 Prozent) Übertreibung im Ausnahmefall für vertretbar hält.

Welche Ausnahmefälle können eine übertriebene Darstellung von Problemen rechtfertigen? Der „Reiz einer starken Geschichte“ oder die „Zwänge des Wettbewerbs um Leser“ sind es nicht. Das meinen nur relativ wenige. Dagegen rechtfertigt „die Beseitigung eines Missstandes“ nach Meinung von 88 Prozent der Zögernden seine übertriebene Darstellung. Eine übertriebene Darstellung zur Beseitigung oder Verhinderung von Missständen ist folglich für 72 Prozent aller Journalisten durchaus vertretbar. In solchen Fällen billigt nicht nur eine kleine Minderheit, sondern die überwiegende Mehrheit Übertreibungen. Aktuelle Beispiele sind Gesundheitsgefahren durch NOx und des Einflusses von CO₂-Emissionen in Deutschland auf das Weltklima. Im Vergleich zu den realen Problemen – Lebenserwartung der Bevölkerung und Erhaltung des Weltklimas – sind das Marginalien (Schaubild 10).



Basis: Schriftliche Befragung, Winter 1998/99 (n=158). Quelle: Kepplinger 2011, S. 164ff.

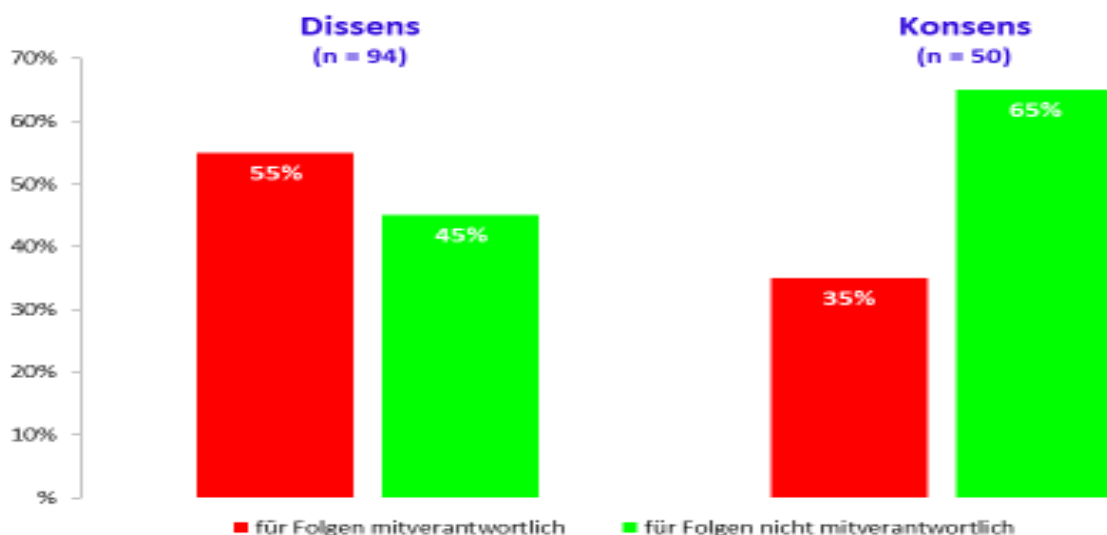
Die Billigung der übertriebenen Darstellung von Missständen und daraus resultierenden Gefahren beruht auf mehreren Voraussetzungen, die vermutlich vielen Journalisten nicht bewusst sind.

- Alle oder die meisten müssen den Sachverhalt für ein Problem halten. Das dürfte auf die hier genannten Themen zutreffen.
- Die Probleme müssen tatsächlich so groß sein, wie sie ihnen erscheinen. Das trifft z.B. auf die Veränderung des Weltklimas vermutlich zu, auf die PKW-Emissionen nicht.
- Die übertriebene Darstellung der Probleme darf keine negativen Nebenfolgen besitzen. Das trifft auf die die Berichte über tausende vorzeitige Todesfälle durch Dieselabgase nicht zu. Sie hat Vermögensverluste in Millionenhöhe verursacht und tausende Arbeitsplätze gefährdet. Auch auf den planlosen Ausstieg aus der Kernenergie unter dem Druck der veröffentlichten Meinung und auf die politischen Fehlsteuerungen durch das EEG trifft es nicht zu. Sie verursachen unnötige Kosten, unzureichende CO₂-Reduktionen und einen Verlust von Handlungsalternativen in Politik und Wirtschaft sowie von Bürgern. Sind Journalisten dafür moralisch verantwortlich?

Kollegenorientierung

Die Veröffentlichung von Beiträgen kann unbeabsichtigte negative Nebenfolgen besitzen. Allerdings trifft das auch auf den Verzicht darauf zu. Falls eine Lokalzeitung über den schweren Behandlungsfehler des einzigen Arztes am Ort berichtet, muss er möglicherweise seine Praxis aufgeben, und es gibt an dem Ort keinen Arzt mehr. Falls sie nicht darüber berichtet, begeht er möglicherweise erneut einen schweren Fehler – ein unauflösliches Dilemma. Sind Journalisten aus Sicht ihrer Kollegen für unbeabsichtigte Nebenfolgen von Publikationsentscheidungen moralisch

Einfluss der Kollegen auf die Verantwortung von Journalisten



verantwortlich? Das hängt davon ab, ob sie im Einklang oder im Widerspruch einen Beitrag veröffentlichen oder nicht veröffentlichen. Entscheidet sich ein Journalist im Widerspruch zu seinen Kollegen für oder gegen eine Veröffentlichung, ist er nach Meinung der meisten Kollegen für unbeabsichtigte negative Nebenfolgen des Beitrags moralisch verantwortlich. Entscheidet er sich im **Einklang** mit ihnen, ist er nach Meinung der meisten dafür moralisch nicht verantwortlich. Andere Beispiele führen zu ähnlichen Urteilen (Schaubild 11).

Anpassung an die im Kollegenkreis herrschende Meinung entlastet von Verantwortung. Das fördert Übertreibungen, die der eigenen Karriere und der Auflage bzw. Reichweite dienen. Deshalb kann eine länger anhaltende Berichterstattung über ein Ereignis oder Thema dazu führen, dass die meisten Medien tatsächliche oder mögliche Gefahren immer drastischer darstellen, wodurch sich der Tenor der Berichterstattung immer weiter von der erkennbaren Realität entfernt. Ein Schluss von der Darstellung der Realität auf die dargestellte Realität ist dann nicht mehr möglich. Beispiele sind exzessive Warnungen vor einer Durchseuchung der Bevölkerung mit AIDS, vor einem Waldsterben, vor der Vogel- und Schweinegrippe und vor einem vorzeitigen Tod durch Dieselabgase.

Bewusstseinsbildung

In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts forderten Sozialwissenschaftler eine Professionalisierung des Journalismus, worunter sie die Einrichtung einer akademischen Journalistenausbildung verstanden. Im Laufe der Jahre wurden grundständige Journalistik-Studiengänge und Aufbaustudiengänge eingerichtet. In der gleichen Periode wuchs der Anteil der Akademiker. Die meisten haben Politikwissenschaft, Germanistik und andere Geistes- oder Sozialwissenschaften studiert, Natur- und Wirtschaftswissenschaft vergleichsweise wenige. Das dürfte eine Ursache der oft unkritischen Berichterstattung über umwelt- und klimarelevante Themen vor allem im Politikteil der Druckmedien und in den Hörfunk- und Fernsehnachrichten sein.

Das ist folgenreich, weil diese Angebote weitaus mehr Leser, Hörer und Zuschauer erreichen als die Beiträge von sachlich qualifizierteren Ressortjournalisten – zuständig für Wirtschaft, Wissenschaft, Technik. Die für die aktuelle Berichterstattung zuständigen Redakteure lassen beispielsweise im Unterschied zu

ihren Kollegen in Spezialressorts unrelativiert vorwiegend Personen zu Wort kommen, die keine Fachleute sind. Sie äußern sich als Spezialisten auf anderen Gebieten zu Bereichen, für die sie keine Fachleute sind. Deshalb unterscheiden sich Wissen, Meinungen und Folgerungen ihres Publikums erheblich vom Urteilshorizont des fachlich interessierten Publikums der Spezialressorts. Allerdings können aufwühlende Berichte über tatsächliche und mögliche Katastrophen diese Informationsunterschiede kurzfristig emotional eibebnen.

Im Laufe der Zeit ist auch der Anteil der Journalisten, die Journalistik oder Kommunikationswissenschaft studiert haben, erheblich gestiegen. Ursprünglich gedacht als Weg zu einem sozialwissenschaftlich informierten Journalismus fördern einige Ausbildungsgänge eher politisch relevante Geisteshaltungen. Der Mitbegründer des Öko-Instituts in Freiburg, Gerd Michelsen, ist inzwischen Professor für „Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation“ an der Universität Lüneburg und an der Fachhochschule Ansbach wurde eine Professur für Umweltjournalismus ausgeschrieben. Nach Gerd Michelsen geht es bei Nachhaltigkeit „...um grundsätzliche Fragen wie nach Belastungsgrenzen auf der Erde, nach Gerechtigkeit und Partizipation und nach dem guten Leben“. An mehreren Hochschulen gibt es thematische Angebote wie „Umweltjournalismus“, „Umwelt und Nachhaltigkeit“ und „Nachhaltigkeit und Lebensqualität“.

Das „Portal für Journalismus und Nachhaltigkeit“, angesiedelt an der Hochschule Darmstadt, verbindet die Innensicht mit Außenwirkung. Es „liefert Recherchehilfen, Blogs sowie Fachinterviews zu Umwelt und Nachhaltigkeit – für Journalisten, Dozenten, Forschende und Studierende“. Eva Marxen bietet auf dem der Blog „*wil-arbeitsmarkt*“ Hilfen für das „Arbeitsfeld ‚Grüner‘ Journalismus“. Julia Merlot liefert auf *Spiegel Online* Argumente gegen „drei Stammtischparolen“ von „Klimaleugnern“. Sie setzen eine Tradition fort, die der *Deutschlandfunk* vor neun Jahren mit einem Schulungskurs begründet hat. Damals ging es darum, wie man „professionell mit dem Klimaskeptizismus“ umgehen soll.

Der Moderator, Bernhard Pötter von der *taz*, erläuterte, man wolle „Hilfestellung geben für Chefredakteure, Autoren und andere Journalisten, wie man sich am besten verhalte bei einer unverhofften Konfrontation mit einem ‚Klimaskeptiker‘“. Die

Referentin, eine amerikanische Sozialwissenschaftlerin, empfahl ihm mehrere Sprachregeln. Den Begriff „Klimaskeptiker“ solle man besser nicht verwenden, weil „Skeptiker“ positiv besetzt sei. Stattdessen sollte man von „Gegnern“ sprechen. Den Begriff „Klimadebatte“ sollte man ebenfalls vermeiden, weil er den Eindruck erwecke, darüber gebe es in der Wissenschaft noch unterschiedliche Ansichten“. Das dürfte, obwohl diese Praxis eine düstere Vorgeschichte hat, bei einigen Journalisten auf fruchtbaren Boden gefallen sein. Ihr Tunnelblick kommt nicht aus dem Nichts.

Im Vorfeld des UN-Klimagipfels 2019 hat die *Columbia Journalism Review* „Covering Climate Now“ ins Leben gerufen, einen freiwilligen Zusammenschluss von inzwischen weltweit über 300 Medien mit über einer Milliarde Lesern, Hörern und Zuschauern. Die Mitglieder verpflichteten sich, vor dem Gipfel besonders intensiv über die „Klimakatastrophe“ (climate emergency) zu berichten. Aus Deutschland schlossen sich mit ihren online-Ausgaben *taz*, *Spiegel*, *Stern* und *Spektrum der Wissenschaft* an. Das dürfte eine Ursache der massiven Berichterstattung vor, während und nach dem UN-Klimagipfel gewesen sein. Aus Sicht der Masse des Publikums war das vermutlich keine Folge von Absprachen, sondern ein Beleg für die Bedeutung der Sache an sich.

Einen Schritt in die Zukunft wagte am 10. Dezember 2018 das Bundesumweltamt mit einem Symposium zum „Impact Journalism“. Grundlage war ein „Positionspapier“ von Manfred Ronzheimer. Impact Journalisten verschicken ihre Beiträge über ein aktuelles „Transformationsprojekt“ wie die „Energiewende, Verkehrswende, Agrarwende usw.“ an interessierte und einflussreiche Personen in „Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen“, verbunden mit der Bitte um eine Stellungnahme zu relevanten Aktivitäten und Vorhaben in ihrem Tätigkeitsbereich. Rückmeldungen sollen an Aktivisten weitergeleitet werden, die sie in „Impact-Aktionen ummünzen“, z.B. die Sammlung von „Unterschriften für eine Sondersitzung des Parlaments“. Falls die Adressaten der Erstkontakte nicht auf die Bitte der Impact Journalisten eingehen, „werden in einer nächsten Berichts-Schleife die Gründe der Blockade thematisiert“. Die Beiträge der Impact-Journalisten über Reaktionen, Blockaden und Aktionen können dann in „einem öffentlichen Medium erscheinen, um gesellschaftliche Öffentlichkeit...zu dem Thema zu erzeugen“.

Institutionelle Relevanz

Der Tunnelblick der meisten Medien und weiter Teile der Bevölkerung ist ein effektiver Resonanzboden für politisch relevante Veränderungen. Der Verweis auf Erfordernisse des Klimaschutzes erhöht die Chance auf die Durchsetzung alter Anliegen – die Forderungen nach

- einem schnellen Ende der Kohleförderung und Verstromung
- einem generellen Tempolimit auf Autobahnen
- einem Autofahrverbot in Innenstädten
- einer CO₂-Steuer anstelle eines Handels mit CO₂-Zertifikaten
- einer gesetzlichen Verankerung der schnellen Erhöhung des Ökostrom-Anteils über 65 Prozent.

Tiefgreifender sind Forderungen nach institutionellen Änderungen. Dazu gehören

- die Feststellung eines Klimanotstandes mehrerer Städte mit der vorrangigen Prüfung aller Maßnahmen auf ihre Klimaverträglichkeit,
- der Vorschlag der früheren Umweltminister Klaus Töpfer, Jürgen Trittin und Barbara Hendricks, dem Umweltressort ein Vetorecht gegen alle klimapolitischen Entscheidungen der Bundesregierung einzuräumen,
- der Vorschlag von Barbara Hendricks nach einem Initiativrecht des Umweltministeriums, das dann Gesetze einbringen könnte, die bisher in die Zuständigkeit anderer Ministerien fallen (Verkehr, Verteidigung, Inneres usw.),
- die Überlegungen von Professor Dr. Christian Calliess zur Änderung des Grundgesetzes durch Einführung eines Artikels 20a: „Die Erfordernisse des Klimaschutzes werden in einem Leitgesetz festgelegt. Dessen Vorgaben müssen bei der Festlegung und Durchführung aller staatlichen Politiken und Maßnahmen einbezogen werden. Insoweit haben Bund und Länder geeignete organisatorische und institutionelle Vorkehrungen zu treffen“.

Folgerungen

1. Zahlreiche Berechnungen anhand von Klimamodellen deuten auf eine gefährliche Erhöhung des Weltklimas, und die Aussagen der deutschen Klimaforscher bestätigen das. Daraus kann man die Forderung nach einer deutlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen ableiten. Diese Forderung ist auch dann berechtigt, wenn die Modellrechnungen und Vorhersagen fehlerhaft sein sollten,

weil eine vermeidbare, exzessive Ausbeutung natürlicher Ressourcen ohnehin verantwortungslos ist.

2. Möglicherweise kann man die notwendige, massenhafte Veränderung von Verhaltensweisen und die erforderliche Akzeptanz der notwendigen Maßnahmen nur mit der Beschwörung einer Apokalypse erreichen. Aber gerade dann sollte man sich bewusst sein, dass niemand die Zukunft vorhersehen kann. Auch nicht Klimaforscher.
3. Der Glaube an die Effektivität und Gerechtigkeit staatlicher Planwirtschaft ist mit dem Zusammenbruch des Kommunismus nicht verschwunden. Er hat in der Erderwärmung als Folge der Industrialisierung im 20. Jahrhundert ein Meta-Thema gefunden, das mit der Verelendung der Massen als Folge der Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert vergleichbar ist. Deshalb geht es um zwei Forderungen – die Rettung des Weltklimas und die Etablierung von Planwirtschaft.
4. Die Rechtfertigung politischer Entscheidungen auf der Grundlage von naturwissenschaftlichen Theorien ist – wie die Geschichte des Darwinismus gezeigt hat – gefährlich, weil sie legitim und notwendig erscheinende Generalklauseln fördert. Mit Verweis darauf kann man unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Erkenntnisse auch extreme Partikularinteressen durchsetzen, die mit den wissenschaftlichen Theorien und Ergebnissen weder sachlich, noch moralisch vereinbar sind.